



Bundestags- brief

Nr.219 •Die Woche im Bundestag• 02.02.2018



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Koalitionsverhandlungen in vollem Gange

Wir befinden uns seit dem vergangenen Freitag in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD, an denen auch ich als Leiterin der Arbeitsgruppe Kultur und Medien für die CDU beteiligt bin.

Die erzielten Ergebnisse der Sondierungsgespräche sind dabei der Rahmen und rote Faden, entlang dem verhandelt wird. Bereits fest Vereinbartes werden wir nicht mehr aufgeben, es wird nur in Punkten ergänzt und erläutert.

Eine gute Regierungsführung und eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung geben uns die nötigen finanziellen Spielräume, um unser Land weiter voranzubringen und zu modernisieren.

Dabei steht das Thema Digitalisierung ganz vorne. Aber auch die Bereiche innere und soziale Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und Familie stehen im Fokus, wofür wir jetzt den richtigen Rahmen setzen, Planungen beschleunigen und als Bund den Ländern bei der Bewältigung ihrer Aufgaben beistehen wollen.

Im Bereich Kultur und Medien gilt es, die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Legislaturperiode fortzuschreiben und sicherzustellen, dass Kunst und Kultur auch in den kommenden vier Jahren ihre verdiente Anerkennung durch den Bund erfahren.

Wir haben uns den zeitlichen Rahmen für die Gespräche eng gesetzt und wollen in den nächsten Tagen die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Wir wissen, es ist höchste Zeit, dass wir eine stabile Regierung für unser Land bilden und wieder als verlässlicher Ansprechpartner für unsere Freunde und Partner im In- und Ausland zur Verfügung stehen.

Familiennachzug bei subsidiär Geschützten: Härtefallregelung beschlossen

So wie in den Sondierungsgesprächen mit der SPD vereinbart, bleibt der Familiennachzug zu dem Personenkreis der subsidiär Schutzberechtigten zunächst ausgesetzt.

Ab 1. August 2018 wird der Zuzug der Kernfamilie aus humanitären Gründen im Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat zugelassen. Die genauen Härtefallkriterien müssen in einem neuen Gesetzgebungsverfahren noch festgelegt werden. Bereits im Bundestagswahlkampf hatte ich mich dafür eingesetzt, die grundsätzliche Aussetzung des Familiennachzugs im Hinblick auf unbillige Härten zu überprüfen.

Ich freue mich nun, dass es gelungen ist, mit der SPD eine Härtefallregelung bei gleichzeitiger Beibehaltung der Aussetzung zu erreichen. Wir haben damit unsere Vorstellungen zur Migration gemeinsam als CDU und CSU vertreten. Gleichzeitig haben wir jedoch auch interne Bedenken und die Sorgen vieler Mitbürgerinnen in die neue Regelung einfließen lassen.

Wir haben mit den Sozialdemokraten hart um diese und viele andere wichtige Politikfelder gerungen. Mit vielen Einigungen wurden auch wichtige Hürden im Rahmen der Koalitionsverhandlungen genommen und Vertrauen geschaffen.

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Am 27. Januar 1945 wurde das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit.

In dieser Sitzungswoche haben wir wie jedes Jahr diesen Gedenktag in Erinnerung an das Menschheitsverbrechen der Shoah begangen, das von deutschem Boden ausging.

Immer noch haben wir Antisemitismus – bestehenden und neu hinzukommenden – in unserem Land zu beklagen. Wir stehen an der Seite aller Menschen jüdischen Glaubens und werden nicht zulassen, dass diese heute wieder vermehrt um ihre Sicherheit in Deutschland fürchten müssen.

Die Gedenkrede im Plenum des Deutschen Bundestages hielt mit Anita Lasker-Wallfisch eine Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen.

Sie wurde gemeinsam mit ihrer Schwester Renate durch ihre Erklärung, die sie am 15. April 1945 inmitten von Leichenbergen im Lager Bergen-Belsen abgaben, als "Stimmen der BBC" bekannt. Frau Lasker-Wallfisch ist als Cellistin Mitbegründerin des English Chamber Orchestra. Im Jahr 2000 erschien ihr Buch "Ihr sollt die Wahrheit erben: Die Cellistin von Auschwitz - Erinnerungen".

Diese persönlichen Erzählungen der wenigen noch lebenden Zeitzeugen sind unsagbar wertvoll für uns alle. Dass Menschen, die so etwas erlebt haben, sich die Mühe machen, uns immer wieder ihre Leidensgeschichte zu erzählen, ist für sie so schwer wie es für uns beeindruckend ist.

Aber damit bleiben die Nazi-Gräuelpötzlichkeiten plötzlich nicht mehr nur ein Kapitel im Geschichtsbuch. Wenn man den Zeitzeugen dabei ins Gesicht sieht, spüren alle, die ehrlich zuhören, dass es tatsächlich Unmenschliches gibt, das Menschen einander antun können.

Deshalb ist es wahnsinnig wichtig für uns, den Zeitzeugen zuzuhören. Wir werden viel vermissen, wenn diese Generation eines Tages nicht mehr ist. Umso wichtiger sind die authentischen Orte, die uns dann zur Erinnerung und Vergegenwärtigung des Horrors bleiben.

Deutlicher Rückgang der sog. chronischen Arbeitslosigkeit

Seit 2006 hat sich der Anteil der chronisch Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen und Erwerbslosen in Deutschland halbiert und sank von mehr als sechs auf rund drei Prozent.

Anders als der Indikator Langzeitarbeitslosigkeit dokumentiert die Zahl der chronisch Arbeitslosen auch diejenigen Personen, die zwar kurze Phasen der Beschäftigung durchlaufen oder an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen, aber dennoch auf dem Arbeitsmarkt nicht nachhaltig Fuß fassen können.

Die Langzeitarbeitslosigkeit umfasst demgegenüber lediglich Personen, die mindestens zwölf Monate durchgängig arbeitslos sind. Im Jahr 2015 belief sich die Zahl der chronisch Arbeitslosen auf 1,2 Mio., die der Langzeitarbeitslosen auf rund eine Million. 2006 waren es noch jeweils 2,6 Mio. und 1,9 Mio.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Mehr Deutsche profitieren von Pflegeleistungen

Seit rund einem Jahr gilt der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie das damit einhergehende neue Verfahren zur Einstufung von pflegebedürftigen Menschen, durch das insbesondere Demenz- und psychische Erkrankungen stärkere Berücksichtigung finden.

Die Zahl der Versicherten stieg 2017 im Vergleich zum Vorjahr um rund 304.000. Der GKV-Spitzenverband bewertet dies als Nachweis eines verbesserten Zugangs zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Die Gutachter des Medizinischen Dienstes begutachteten im vergangenen Jahr insgesamt über 1,6 Mio. Versicherte nach dem neuen Verfahren. 1,4 Mio. davon wurden in einen der fünf neuen Pflegegrade eingestuft.

(Quelle: Medizinischer Dienst des GKV-Spitzenverbandes)